

BAUAMT

Bearbeiter: Sabine Eder Telefon: 03182 / 2471 15

E-Mail: sabine.eder@lebring-st-margarethen.gv.at

ÖFFNUNGSZEITEN Mo: 8:00–17:00 Uhr Mi: 8:00–12:00 Uhr

Datum: 12.08.2025

1

GZ: 4.00-4.13-08/25

Betr.: Flächenwidmungsplan-Änderung,

Verfahrensfall Ifde Nr. 4.13 "Am Goberlhang"

KUNDMACHUNG

gemäß § 39 Stmk. Raumordnungsgesetz 2010 LGBl. Nr. 49/2010 idF LGBl. Nr. 165/2024 iVm § 92 Stmk. Gemeindeordnung 1967, LGBl. Nr. 115 idgF

Der Bürgermeister der Marktgemeinde Lebring – St. Margarethen verfügt, dass die Voraussetzungen für eine Änderung des Flächenwidmungsplanes gegeben sind und der **Entwurf der Flächenwidmungsplanänderung 4.13 "Am Goberlhang",** verfasst von Architekten DI Andreas Krasser, A-8045 Graz, bestehend aus dem Verordnungsteil mit Plandarstellungen sowie den Erläuterungen (GZ: 4.00-4.13-08/25, Datum: 12.08.2025) in der Zeit

von 14.08.2025 bis 09.10.2025 (mindestens 8 Wochen)

im Marktgemeindeamt während der Parteienverkehrszeiten Einsicht genommen werden:

Parteienverkehrszeiten:

Montag von 08:00 bis 17:00 Uhr

Dienstag bis Donnerstag von 08:00 bis 12:00 Uhr

Digital stehen die Unterlagen unter http://www.arch-krasser.at/ro-aktuell zur Einsichtnahme zur Verfügung.



Des Weiteren ist eine Einsichtnahme in die Unterlagen unter <u>info@lebring-st-margarethen.gv.at</u> möglich.

Innerhalb der Auflagefrist kann jedermann schriftliche Einwendungen, die eine Begründung enthalten müssen, beim Markgemeindeamt einbringen.

Für den Gemeinderat: Der Bürgermeister:

ÖkR Ing/Franz Labugger

Angeschlagen am: 12.08.2025

Abgenommen am:

Marktgemeinde LEBRING – ST. MARGARETHEN



Flächenwidmungsplanänderung 4.13

"Am Goberlhang"





Verfasser:

Für den Gemeinderat: Der Bürgermeister:



Zahl:

Graz, am

12/25 26/02/2025

Zahl

Lebring - St. Margarethen, am

19.08.3072



raumplanung • baumanagement • bau-SV • projektentwicklung • architektur

TERMINE DES VERFAHRENS

 Vorbesprechungen mit de und Änderungswerbern 	r Gemeinde	im	Frühling 2025
Gemeinderab beschlus	s Entout	Oin	14.04. 2025
Kundmachung		von bis	14.08.2025 09.10.2025
Im Rahmen des erstens Anhörur (näheres dazu → siehe Anhang)	ngsverfahrens sind	- Einwendungen/	Leermeldungen eingelangt
Gemeinderatsbeschluss		am	
 Kundmachung an der Amts (gem. Gemeindeverordnung) 	tafel g 1967)		
Rechtskraft erlangt		am	•••••
 Übermittlung der Unterlager Stmk. Landesregierung (Abt Prüfung der Gesetzmäßigke 	t. 13) zur	am	••••••

INHALTSVERZEICHNIS

VERORDNUNG		5
§1 Geltungsbereich Plangrundlage Verfasser	5	
§2 Geänderte Festlegungen	5	
§3 Mängel Aufschließungserfordernisse	5	
§4 Rechtskraft	6	
IST-SOLL PLANDARSTELLUNG	**********	7
ERLÄUTERUNGEN	***********	9
Grundlagen Rechtsgrundlage	9	
Planungsbereich	9	
Ausgangslage Übereinstimmung mit bestehenden Festlegungen	10	
Baulandeignung:	13	
Aufschließungsgebiete	14	
Umweltprüfung	14	
Nachweis des Baulandbedarfs	15	
Erläuterungen Begründungen	15	
ANHANG BEILAGEN		17
Planbeilagen:	17	
Änderungen gegenüber den Entwurfsauflagen	19	
Stellungnahmen:	19	

VERORDNUNG

Wortlaut zur Änderung des Flächenwidmungsplanes 4.13 "Am Goberlhang"

Verordnung	über	die	vom	Gemeinderat	der	Marktgemeinde	Lebring	-	St.	Margarethen	am
		beso	chloss	ene Änderung	des	Flächenwidmung	splanes	1.0	ger	n. §39 StROG	idF
LGBI. 165/20	024 sa	mt z	eichne	erischer Darste	llung	(unter Berücksicht	igung der	Be	schlü	isse hinsichtlich	von
Änderungen a	auf Gru	nd vo	on frist	aerecht voraebr	achte	n Einwendungen u	nd Stellun	ana	ahme	en).	

§1 Geltungsbereich | Plangrundlage | Verfasser

Die zeichnerische Darstellung (IST - SOLL Darstellung: LEB-FLÄ-4.13 vom 04/02/2025), verfasst von Arch. DI Krasser | St. Veiter-Straße 13 | 8045 Graz basierend auf der Plangrundlage des geltenden Flächenwidmungsplanes 4.0 idgF.

§2 Ersichtlichmachung

Im Änderungsbereich der KG St. Margareten It. IST-SOLL-Darstellung (LEB-FLÄ-4.13 vom 04/02/2025) wurde eine Anpassung der Katastergrundlage gem. aktuellem Katasterstand It. Abfrage beim Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen (Stand Jänner 2025) vorgenommen.

§3 Geänderte Festlegungen

- Lt. Verordnungsblatt (IST SOLL Darstellung | LEB-FLÄ-4.13 vom 04/02/2025) werden folgende Änderungen vorgenommen.
- (1) Flächen (Gst. 125/1 tw., 125/6 und 129/3) werden als Aufschließungsgebiet für Allgemeines Wohngebiet mit einer Bebauungsdichte von 0,2 – 0,4 ausgewiesen.
- (2) Flächen (Gst. 125/3) werden nunmehr als **Dorfgebiet** mit einer Bebauungsdichte von **0,2 0,4** ausgewiesen.

§4 Aufschließungserfordernisse

Für das gem. §2 Abs.1 festgelegte Aufschließungsgebiet ist folgendes Aufschließungserfordernisse maßgebend.

	,	Art	Zust	ändig
	Mangel	Öffentl. Inferesse	Behörde	Privat
Lärmfreistellung gem. den Vorgaben der ÖNORM S 5021 oder nach Vorgaben einer an deren Stelle tretende Nachfolgenorm	Х			Х

§5 Rechtskraft

Diese Verordnung tritt mit dem auf den Ablauf der Kundmachungsfrist (14 Tage) folgenden Tag in Kraft.

Für den Gemeinderat:

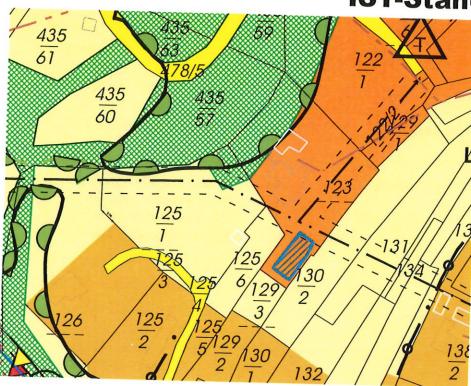
Der Bürgermeister:

Marktgemeinde

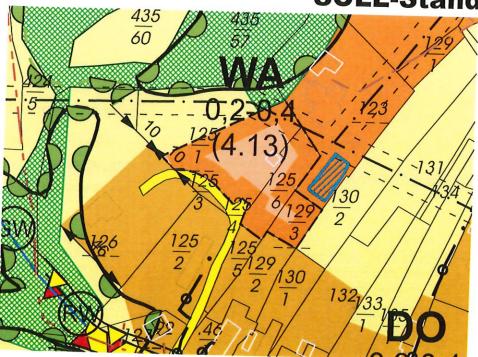
Lebring - St. Margarethen

Flächenwidmungsplanänderung

IST-Stand



SOLL-Stand





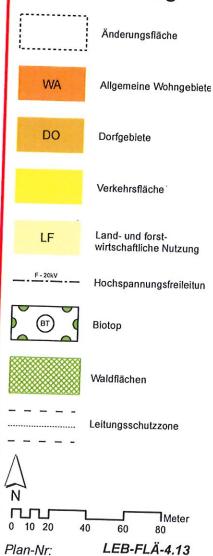
raumplanung • baumanagement • bau-SV • projektentwicklung • architektur

architekt dipl.-ing. andreas krosser + st. voiter strete 13 + 8945 graz + tel. +43(0)316 [69 47 60-) + las: &--9 ATUTTO83355 + IBAH ATZ3 3537 7009 0201 0323 + BIC.RZ3TATZG377 + olfice@uich-krasser at + www.arch-krasser.at



4.13

Am Goberlhang



04/02/2025

Planverfasser:

Datum:

Für den Gemeinderet Der Bürgermeister



ERLÄUTERUNGEN

zur Änderung des Flächenwidmungsplanes 4.13 "Am Goberlhang"

Grundlagen | Rechtsgrundlage

Rechtsgrundlagen:

- ✓ Stmk. Raumordnungsgesetz 2010, idgF., LGBl. 165/2024
- ✓ Landesentwicklungsprogramm 2009, LGBI. 75/2009
- Regionales Entwicklungsprogramm für die Planungsregion Südweststeiermark LGBL. Nr. 88/2016
- √ Örtliches Entwicklungsprogramm 4.0 der Gemeinde
- ✓ Flächenwidmungsplan 4.0 der Gemeinde Lebring St. Margarethen

Zur Verfügung gestellte Unterlagen:

- ✓ Katastergrundlage von der Gemeinde zur Verfügung gestellt Plangrundlage in digitaler Form vom 31/01/2012
- √ Flächenwidmungsplan 4.00
- √ Örtliches Entwicklungsprogramm 4.0 der Gemeinde

Selbst erarbeitete bzw. eingeholte Unterlagen:

- ✓ Auszug aus dem Flächenwidmungsplan 4.00 der Gemeinde Lebring St. Margarethen
- ✓ Örtliches Entwicklungsprogramm 4.0 der Gemeinde
- ✓ Mehrfache Besprechungen mit den Grundeigentümern, Interessenten, planenden Architekten, sowie Gemeindevertretern etc.

Die Änderung erfolgt gemäß § 39 des Stmk. Raumordnungsgesetzes 2010 (StROG 2010, idgF. LGBI 165/2024).

Planungsbereich

Gemeinde:

Lebring - St. Margarethen

Katastralgemeinde:

66423 St. Margareten

Grundstücke:

125/1, 125/3, 125/6, 129/3

Anmerkung:

Lt. Schreiben der Stmk. Landesregierung vom 11/01/2011 (GZ.: FA13B-50.1/2011-549) sind die betroffenen Grundstücksnummern nicht mehr in der Verordnung anzuführen, sondem lediglich planlich darzustellen. Im Erläuterungsbericht unter Umständen angeführte Grundstücksnummern dienen der Übersicht und haben keine rechtliche Verbindlichkeit.

Arch. DI Andreas Krasser Seite 9

Allgemeine Hinweise (Naturräumliche Gegebenheiten | Abgrenzung):

Die Festlegung von Grenzen im Flächenwidmungsplan sind Nutzungsgrenzen aufgrund der Lage in der Natur und den naturräumlichen Gegebenheiten. Geringfügige Abweichungen von Festlegungen aufgrund des aktuellen Katasterstandes (Mappenberichtigungen – Abfrage BEV im Februar 2025) sind an den naturräumlichen Gegebenheiten und den Zielsetzungen der örtlichen Raumplanung zu orientieren.

Die Abgrenzung der Festlegung erfolgt im Allgemeinen deckungsgleich mit den auf der Plangrundlage ersichtlichen Grundstücksgrenzen bzw. derart, dass eine eindeutige Zuordnung zu sonstigen Bezugspunkten oder -linien gegeben ist.

Ausgangslage | Übereinstimmung mit bestehenden Festlegungen

Lage und Gebietsbeschreibung:



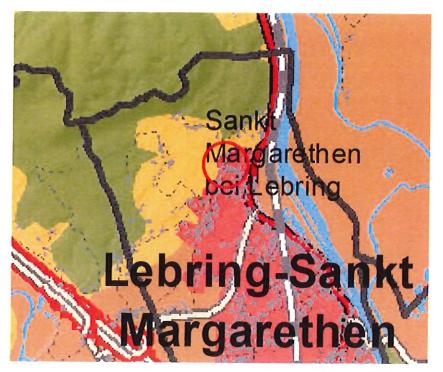
Orthophoto, GIS-Steiermark

Die Änderungsfläche befindet sich im Ortsteil St. Margareten im nördlichen Teil der Marktgemeinde. Das Orts- und Landschaftsbild ist geprägt durch kleinstrukturierte Wohnbauten mit Gärten in einer Südost-Hanglage. Im Nordwesten wird der Ortsteil durch

Dienstleistungen (Gasthaus, Supermarkt etc.) befinden sich entlang der übergeordneten Landesstraße in fußläufiger Entfernung.

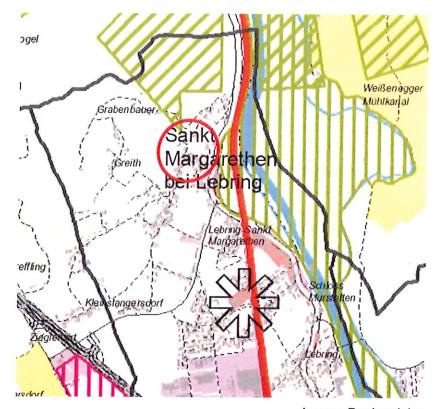
Bestimmungen des REPRO Südweststeiermark:

Das gegenständliche Planungsgebiet befindet sich gem. Regionalem Entwicklungsprogramm für die Region Südweststeiermark (LGBI. Nr. 55/2022) im Grenzbereich der Teilräume "Siedlungs- und Industrielandschaften", sowie "Außeralpines Hügelland".



Auszug Teilräume REPRO - Südweststeiermark (LGBI. 55/2022)

→ Es besteht durch die Teilraumeinteilung keine Einschränkungen für den Ortsteil, da dieser Teil des übergeordneten Schwerpunktes ist.

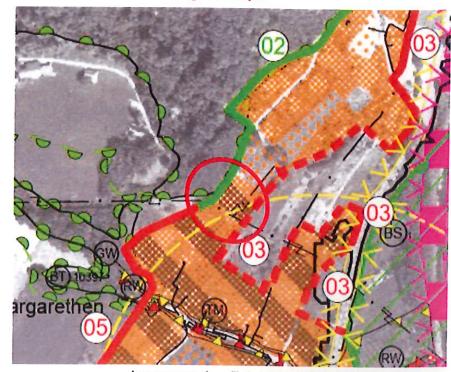


Auszug Regionalplan REPRO - Südweststeiermark (LGBI. 55/2022)

Die Änderungsfläche ist von keiner Vorrangzonen betroffen.

→ Die gegenständliche Änderung steht NICHT im Widerspruch zu den Bestimmungen und Festlegungen des REPRO Südweststeiermark.

Festlegungen im geltenden Örtlichen Entwicklungskonzept:



Auszug aus dem Entwicklungsplan 4.0 | ohne Maßstab

Gem. Örtliche Entwicklungskonzept 4.0 der Marktgemeinde Lebring-St. Margarethen wurde für den gegenständlichen Ortsteil die Mischnutzung Wohnen/Landwirtschaft (Bestand und Potenzialflächen) festgelegt. Nach Norden ist das Siedlungsgebiet mit einer absolute naturräumlichen Entwicklungsgrenze abgegrenzt, während Richtung Süden/Osten eine relative siedlungspolitische Entwicklungsgrenze festgelegt wurde

→ Die gegenständliche Änderung entspricht den Bestimmungen, Festlegungen bzw. Zielsetzungen des Örtlichen Entwicklungskonzeptes der Gemeinde.

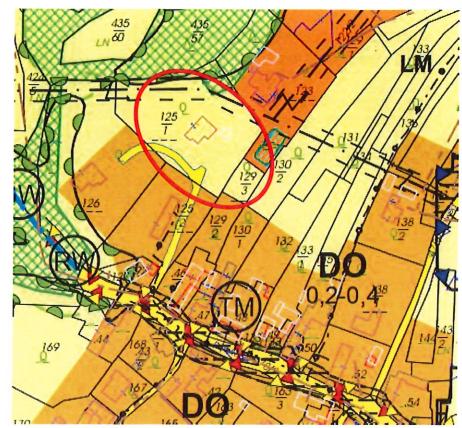
Bestimmungen der Alpenkonvention

Die Gemeinde Lebring – St. Margarethen liegt nicht im Geltungsbereich der Alpenkonvention (LGBI. Nr. 477/1995 idgF)

→ Die gegenständliche Änderung steht NICHT im Widerspruch zu den Bestimmungen der Alpenkonvention.

Festlegungen im rechtswirksamen Flächenwidmungsplan

Die Teilfläche ist gem. Flächenwidmungsplan 4.0 als Freiland festgelegt und es sich auch keine naturräumliche Einschränkungen im Änderungsbereich ersichtlich gemacht worden.



Auszug aus dem Flächenwidmungsplan 4.0 | ohne Maßstab

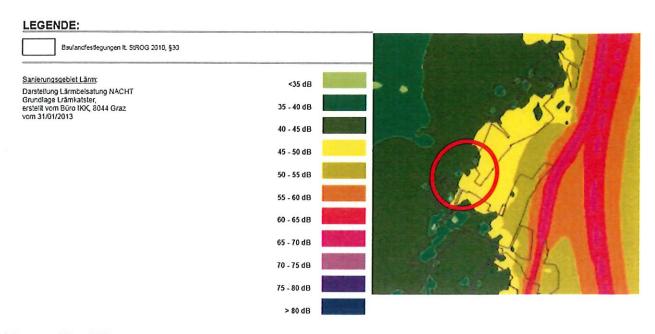
Baulandeignung:

Die Änderungsfläche befindet sich zwischen zwei ausgewiesenen Baulandbestandsfläche, ist teilweise bereits bebaut und infrastrukturell erschlossen. Die verkehrstechnische Erschließung erfolgt über die Bestandsstraße (Gemeindeweg). Auch die Entwässerung scheint vor Ort möglich, ist aber natürlich unter Berücksichtigung der landesweiten Vorgaben nachzuweisen.

Die vorgeschriebenen Sicherheitsabstände des Leitungsträger bzgl. der Hochspannungsfreileitungen sind entsprechend zu berücksichtigen. Eine Gartennutzung ist darunter zulässig. Durch die notwendigen Abstandsregelungen bzgl. der Freileitung, werden auch mögliche Abstände zum Waldrand berücksichtigt.

Der Ortsteil ist historisch landwirtschaftlich geprägt (Dorfgebietsausweisungen), aber die Nutzungsänderung zur vorwiegenden bzw. ausschließlichen Wohnnutzung ist weit fortgeschritten. Landwirtschaftliche Betriebe (Tierhaltung) befinden sich nicht im direkten Umkreis. Die Erhebung zum Zeitpunkt der Revision sind nicht mehr aktuell, da einzelne Standorte nicht mehr betrieben werden bzw. auch keine weitere Nachnutzung geplant ist.

Aufgrund der verkehrstechnischen Lage der Marktgemeinde an übergeordneten Verkehrsträger (Autobahn, Landesstraßen, Bahn) besteht für den Großteil des Ortsteils eine Lärmbelastung. Auch für diesen Bereich besteht teilweise eine leicht erhöhte Lärmbelastung (max. 5dB). Eine Lärmfreistellung scheint daher durch bautechnische Maßnahmen bzw. durch Orientierung der Baukörper (Ausrichtung der Aufenthaltsräume) möglich, ist im Sinne der OIB-Richtline 5 bzw. Ö-Norm S5021 jedoch im Bauverfahren entsprechend nachzuweisen.



Umweltprüfung

		Prü	fschr	itt 2			
Prüfschritt 1 Abschichtung möglich	geringfügige Änderung / Nutzung kleiner Gebiete	Eigenart und Charakter wird nicht geändert	offensichtlich keine erheblichen Auswirkungen	Keine UVP-Pflicht	Keine Beeinträchtigung von Europaschutzgebieten	Begründung / Erläuterung	Weitere Prüfschritte erforderlich
✓				✓	✓	Die Änderungsfläche wurde im Rahmen der Revision 4.0 auf Umwelterheblichkeit überprüft und betrifft bereits teilweise bebauten Bestand.	Nein

→ Auf Grund der durchgeführten Untersuchungen kann festgehalten werden, dass eine Prüfung der Umwelterheblichkeit und in weiterer Folge die Erstellung eines Umweltberichtes für die Flächenwidmungsplanänderung 4.13 "Am Goberlhang NICHT erforderlich ist.

Nachweis des Baulandbedarfs

In der Marktgemeinde Lebring - St. Margarethen wurden bislang folgende Flächenwidmungsplanänderungen seit der Revision 4.0 durchgeführt:

Nr.:	Bezeichnung	Bauland- kategorie	Fläche (m²)	Für Flächenbilanz anrechenbar (m²)	Anmerkung
4.01	Kalcher	L(DO)	451	0	Für Zubaumaßnahmen am angrenzenden Bestandsgebäude, als bebaut zu beurteilen
4.02	Vollmann	GG 11	20.000	0	Hat als gewerbliche Nutzung keine Auswirkung auf die Flächenbilanz der Gemeinde
4.03	Gewerbezone B67	GG	5.447	0	Hat als gewerbliche Nutzung keine Auswirkung auf die Flächenbilanz der Gemeinde
4.04	Gollner	DO	2.150	2.150	
4.05	Labugger	DO	5.600	5.600	
4.06	Wohnentwicklung Lebring	L(WA)	17.000	14.500	Von den insgesamt 30.000m² der Änderungsfläche sind lediglich 17.000m² Neuflächen, davon abzuziehen ist noch der Anteil der Sportfläche ca. 2.500m²
4.07	Gollner 02	L(DO)	2.450	2.450	
4.08	Bachofen & Skene	WA	13.400	13.400	
4.09	Sportplatz	S(Sport)	4.900		Hat als Sondernutzung keine Auswirkung auf die Flächenbilanz der Gemeinde.
4.10	Schablas	L(WA)	2.090	670	Die restliche Fläche ist bereits als Bauland gewidmet.
4.11	HIS	DO	290	290	Nicht durchgeführt
4.12	Verbund				Keine Auswirkung auf die Flächenbilanz
4.13	Am Goberlahng	DO/WA	3.310	3.310	Teilweise bereits bebaut
Ge	esamtsumme anrechenbare I	Fläche		38.770	

Potenzielle Bauplätze durch Neuausweisungen seit der Revision 4.0 (bei Annahme einer durchschnittlichen Bauplatzgröße von 800m² (Repro-Leibnitz idF. LGBI. 88/2016, §2(6)2) 38.770 m² / 800m² = 48 WE Seit Ausarbeitung des Flächenwidmungsplanes 4.0 (Ab 01/01/2012 | Stand Flächenbilanz 4.0) It. Bekanntgabe der Gemeinde baubewilligte Wohneinheiten (Stand 30/06/2020) = 111 WE

Seit der Flächenwidmungsplanrevision 4.0 sind bereits mehr flächenverbrauchende Baubewilligungen erteilt worden, als mit den bislang - inkl. der Änderung 4.11 - durchgeführten Flächenwidmungsplanänderungen an Potenzialen geschaffen worden sind.

Weiters gilt anzumerken, dass die im örtlichen Entwicklungskonzept 4.0 festgelegte Zielsetzung bis 2024 von 2.080 Einwohnern bereits zum jetzigen Zeitpunkt deutlich überschritten werden konnte.

Erläuterungen | Begründungen

Die Änderungsfläche stellt einen Lückenschluss (Innenentwicklung) einer bereits bebauten und aufgeschlossenen Fläche dar, womit eine den Zielsetzungen entsprechende Baulandentwicklung umgesetzt wird. Die Ausweisung erfüllt auch die Voraussetzung zur Schaffung eines kompletten Siedlungskörpers.

Durch die vorgesehene Ausweisung können bestehende Infrastrukturen und die Aufschließung bestmöglich genutzt werden und es ist damit auch eine den Raumordnungsgrundsätze (wirtschaftlichen Erschließung, von Innen nach Außen) entsprechende Flächennutzung gegeben.

Ausweisung:

Die Ausweisung erfolgt im Sinne der angrenzenden Bestandsfestlegungen und der Zielsetzungen zur Baulandschaffung (Wohnerweiterung) angepasst an die aktuellen Rahmenbedingungen (Lärm etc.)

Aufschließungsmängel It. Verordnung

Da für eine Bebauung noch Maßnahmen zur Herstellung der Bauplatzeignung im Sinne §5 des Stmk. BauG umzusetzen sind, wurde für die Ausweisung Aufschließungsmängel festgelegt. Folgender Mangel besteht:

 Lärmfreistellung des Bauplatzes gem. den Vorgaben der ÖNORM S 5021 oder nach Vorgaben einer an deren Stelle tretende Nachfolgenorm | Eigentümer
 Aufgrund der Situierung der Ausweisungsfläche im Nahebereich zur Landstraße ist ein entsprechender Nachweis zur Umsetzung von Lärmmaßnahmen zu erbringen.

Je nach Nutzung der Flächen scheint die Einhaltung der Planungsrichtwerte durch Maßnahmen an den Objekten möglich, auch aufgrund der relativ geringen Überschreitung (max. 5dB). Die Maßnahmen der Lärmmaßnahmen können im Rahmen des Bauverfahrens nachgewiesen werden.

Abgrenzung:

Die Abgrenzung der Baulandfestlegung erfolgt auf Basis der aktuellen Katastergrundlage (BEV Februar 2025) bzw. im Sinne der übergeordneten Siedlungsabgrenzung. Etwaige Unklarheiten werden durch Kotierungen im Plan definiert.

Maßnahmen zur aktiven Bodenpolitik

Die gegenständlichen Änderungsflächen wurde im Sinne der aktuellen Gesetzeslage auf Mobilisierungsmaßnahmen überprüft.

Dabei hat sich gezeigt, dass die neu ausgewiesenen Flächen nicht die Voraussetzung (unbebaute Flächen über 1.000 m² oder frei von Einschränkungen wie Lärm) der aktuellen Gesetzeslage erfüllen, und daher erfolgt keine Mobilisierungsmaßnahme.

Durchführung des Verfahrens im Sinne des §39 StROG 2010

Die Änderung erfüllt die Vorgaben zur Ausweisung gem. örtlichen Entwicklungskonzept (Festlegung einer Mischnutzung Wohnen/Landwirtschaft). Daher kann die Änderung im Sinne eines vereinfachten Verfahrens erfolgen.

ANHANG | BEILAGEN

Planbeilagen:

→ Katasterauszug

 Bundesamt für Eich- und Vermessungswesen

Österreichischer Kataster

